

Ergebnisbericht zum Forschungsprojekt
PFLEGE IN DER POLITIK - POLITIK IN DER PFLEGE
von Tami Wehrmann

Lehrforschungsprojekt 2015/2016
PflegeKultur - CareCulture - Alltags- und Berufspraxen im Umbruch
Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie
Georg-August-Universität Göttingen



PFLEGE IN DER POLITIK - POLITIK IN DER PFLEGE

Tami Wehrmann

Als Kultur- und Politikwissenschaftlerin reizte mich die Frage nach berufspolitischer Partizipation an der Schnittstelle zwischen Pflege und Politik. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Pflegeberufen ist in Deutschland ein notwendiges Thema öffentlicher Auseinandersetzung. Doch die Wahrnehmung der Interessen von Pflegeberufen braucht nicht nur öffentliche und politische Aufmerksamkeit und Maßnahmen, sondern auch die Beteiligung der Berufsgruppe selbst an gesundheitspolitischen Entscheidungsprozessen. Meine Forschung beschäftigt sich daher mit dem Aspekt der politischen Kompetenzausbildung in der Pflege und den Beweggründen und Hürden derjenigen, die sich berufspolitisch engagieren, und derjenigen, die sich nicht für Interessenvertretungen der eigenen Berufsgruppe interessieren.

Es wurden Interviews mit in Interessenvertretungen engagierten Pflegenden durchgeführt. Die „Mitglieder“ waren u.a. im Deutschen Pflegerat, im Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe, im Förderverein zur Errichtung einer Pflegekammer in Niedersachsen und in der Pflegekammer Rheinland-Pfalz tätig. Zusätzlich wurde eine Fokusgruppe mit Pflegeauszubildenden und Interviews mit Pflegenden, die sich nicht in Interessenvertretungen engagierten, geführt. Die „Nicht-Mitglieder“ waren in der Kranken- bzw. Kinderkrankenpflege tätig. Als theoretischer Hintergrund dienten Arbeiten zu politischer Partizipation, Pflegekammern und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Pflege.

Forschungsergebnisse

Wahrnehmung gesundheitspolitischer Akteur_innen

Sowohl Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder schilderten in den Interviews Enttäuschung über den Einsatz politischer Akteur_innen für die Belange der Pflegeberufe. Beide Gruppen gingen davon aus, dass politischen Akteur_innen Kenntnisse des Arbeitsalltages und pflegerischen Wissens fehlen und sie deshalb keine qualifizierten Entscheidungen für die Pflege treffen können. Für Nicht-Mitglieder äußert sich diese Unkenntnis in der Ökonomisierung des Gesundheitssystems und des Arbeitsumfeldes z.B. in der Form von Personalmangel, Privatisierung und Outsourcing. Sie machen politische Akteur_innen dafür verantwortlich, dass sie ihre pflegerische Arbeit nicht mehr angemessen ausführen können. Das Verhältnis zwischen den Mitgliedern und der Politik kann als ambivalent eingestuft werden. Eine Schwierigkeit der politischen Zusammenarbeit stellen Richtungswechsel aufgrund von Veränderungen politischer Machtverhältnisse dar. Um die Pflegeberufstätigen zu stützen, wäre es wichtig, deren Sicht auf Politik ernst zu nehmen und der Wahrnehmung, dass Pflege häufig als politisches Macht- oder Polarisierungsinstrument genutzt wird, statt nachhaltig Verbesserungen für die Pflege über alle gesundheitspolitischen Lager hinweg anzustreben, entgegenzuwirken.

„Also fängt man als jemand, der Berufspolitik macht, jedes Mal bei null an, wenn ein Politiker plötzlich das Thema Pflege bearbeitet.“

Die Mitglieder betonen jedoch die Notwendigkeit einer Partnerschaft mit der Politik und beschreiben auch Beispiele positiver Zusammenarbeit, in der Politiker_innen die Expertise der Interessenvertretungen ernst nehmen. Eine konstante und auf gegenseitige Wertschätzung beruhende Partner_innenschaft zwischen Interessenvertretungen der Pflege und gesundheitspolitischen Akteur_innen wäre ein wichtiger Schritt zur Lösung pflegerischer Problemlagen.

Wahrnehmung von politischen Partizipationsmöglichkeiten

Die Auszubildenden erkannten zwar, dass Probleme der Pflege auf politischer Ebene gelöst werden könnten, allerdings schätzten sie die eigene politische Effizienz und die der Berufsgruppe allgemein als sehr gering ein. Für die Nicht-Mitglieder ist politische Partizipation abstrakt. Sie wissen nicht, auf welcher Ebene sie Einfluss haben können oder erwarten,

dass die wichtigen Entscheidungen ohnehin ohne sie getroffen werden- nicht ungleich anderer Mitglieder der deutschen Demokratie.

Die Hoffnung, die politisch engagierte Pflegende mit Interessenvertretungen verbinden, ist das gemeinsame Auftreten der Berufsgruppe, das mehr Potenzial als einzelne verstreute Handlungen von Pflegenden hat.

„Und das können aber die einzelnen Leute vor Ort nicht bewältigen, wenn die nicht die entsprechenden Rahmenbedingungen haben. Und diese Rahmenbedingungen, die müssen wir schaffen. Und das geht nur über Politik.“

Interessenvertretungen können ein Sammelpunkt für fachliche Expertise sein und im politischen Wettkampf der Interessen einen Angelpunkt bieten. Jedoch ist auch für Mitglieder das Erreichen und somit die Interessenvertretung aller Pflegenden oft schwierig. Viele Mitglieder erhoffen sich daher durch die Errichtung von Pflegekammern eine Verbesserung der Kommunikationsstrukturen und einen Solidaritätszuwachs in der Berufsgruppe. Ob und wie diese Ziele erreicht werden (können), wird ein interessantes Untersuchungsfeld sein.

Ressourcen-, Wissens- und Kompetenzunterschiede

Zwischen den beiden Gruppen herrschen sowohl Ressourcenunterschiede im Bereich Wissen und Kompetenz, aber auch im finanziellen und zeitlichen Bereich. Hinzu kommen auch persönliche Voraussetzungen, die Individuen zu einer politischen Partizipation bewegen. Nicht-Mitglieder schätzen ihre Kompetenz, überhaupt an Entscheidungen zum pflegerischen Bereich teilhaben zu können, als gering ein - auch weil diese für sie abstrakt und unbekannt sind. Rückblickend auf ihre politische Partizipation erinnern sich viele Mitglieder an eigene Unsicherheiten zu Beginn ihrer Beteiligung an Interessenvertretungen.

„Denn gelernt haben wir das ja erst mal alle nicht unbedingt, politisch aufzutreten, Meinungen auch politisch gerade zu verarbeiten und anzubringen und das dann auch durchzusetzen.“

An ihren Schilderungen kann ein Zuwachs von politischer und kommunikativer Kompetenz durch anhaltende Teilhabe an politischer Partizipation nachvollzogen werden. Jedoch fehlt auch für viele Mitglieder noch eine Infrastruktur, die eine breite Beteiligung der Berufsgruppe ermöglicht oder ausbaut. Da die Arbeit von Interessenvertretungen größtenteils zusätzlich auf ehrenamtlichem Engagement aufbaut, können Interessenvertretungen abhängig von den Ressourcen ihrer Mitglieder nur langsam arbeiten. Die Wissens- und Kompetenzunterschiede können als ein wichtiger Ansatzpunkt zur Kommunikation zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern bzw. Politik und Pflege gesehen werden.

Entwickeltes Lehrmaterial

Das Lehrmaterial setzt daher an dieser Stelle an. Es soll Pflegenden ermöglicht werden, über ihr Verhältnis zur Politik zu reflektieren und Wege aufzeigen, sich mit Berufspolitik zu beschäftigen und berufspolitische Organisationen und Entscheidungsprozesse kennenzulernen. In Verbindung mit anderen Teilprojekten wird Material entwickelt, das die Kommunikationskompetenzen von Pflegenden in Konfliktsituationen steigern und eine Reflexion über die Identität der Berufsgruppe zwischen Selbst- und Fremdbildern ermöglichen soll.

Weiterführende Lektüre

Fischer, Frank (2009): Democracy and Expertise. Reorienting Policy Inquiry. New York: Oxford University Press.

Hanika, Heinrich (2012): Pflegekammer sichert Partizipationsrecht. In: Heilberufe: das Pflegemagazin, 2012; 64(1). Seite 16-17.

Mörschel, Tobias/Krell, Christian (2012): Demokratie in Deutschland. Zustand - Herausforderungen - Perspektiven. Wiesbaden: Verlage für Sozialwissenschaften.

Stark, Toralf (2015): (Un)konventionelle Partizipation und verhaltensprägende Einstellungen. Dissertation an der Universität Duisburg-Essen.